



Detailansicht des Registereintrags

Spitzenverband Digitale Gesundheitsversorgung e.V.

Stand vom 01.07.2025 10:05:00 bis 01.10.2025 16:40:34

Eingetragener Verein (e. V.)

| | |
|-------------------------------------|---|
| Registernummer: | R004298 |
| Ersteintrag: | 22.04.2022 |
| Letzte Änderung: | 01.07.2025 |
| Letzte Jahresaktualisierung: | 01.07.2025 |
| Tätigkeitskategorie: | Wirtschaftsverband oder Gewerbeverband/-verein |
| Kontaktdaten: | Adresse: Pappelallee 78/79 10437 Berlin Deutschland Telefonnummer: +493062938494 E-Mail-Adressen: julian.milde@digitalversorgt.de Webseiten: https://digitalversorgt.de/ https://digitalversorgt.info/ |

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Mitgliedsbeiträge

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

310.001 bis 320.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

2,54

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **Dr. Paul Hadrossek**
Funktion: Vorstandsvorsitzender
2. **Dr. Anna Haas**
Funktion: 1. stellvertretende Vorstandsvorsitzende
3. **Henrik Emmert**
Funktion: 2. stellvertretender Vorstandsvorsitzenden
4. **Markus Müller**
Funktion: Vorstandsmitglied & Schatzmeister
5. **Dr. Julian Braun**
Funktion: Vorstandsmitglied
6. **Dr. Christoph Twesten**
Funktion: Vorstandsmitglied
7. **Anisa Idris**
Funktion: Vorstandsmitglied

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (12):

1. **Dr. rer. nat. Anne Geier**
2. **Julian Milde**
3. **Diana Meskendahl**
4. **Melanie Schülken**
5. **Dr. rer. nat. Jennifer Pfeil**
6. **Dr. Paul Hadrossek**
7. **Dr. Anna Haas**
8. **Henrik Emmert**
9. **Markus Müller**
10. **Dr. Julian Braun**
11. **Dr. Christoph Twesten**
12. **Anisa Idris**

Gesamtzahl der Mitglieder:

173 Mitglieder am 10.04.2024, davon:

9 natürliche Personen

164 juristische Personen, Personengesellschaften oder sonstige Organisationen

Mitgliedschaften (2):

1. Deutsche Gesellschaft für Innere Medizin e.V.
2. DIN Deutsches Institut für Normung e. V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (14):

Außenwirtschaft; EU-Binnenmarkt; EU-Gesetzgebung; Gesundheitsförderung; Gesundheitsversorgung; Pflege; Sonstiges im Bereich "Gesundheit"; Datenschutz und Informationssicherheit; Digitalisierung; Krankenversicherung; Pflegeversicherung; Handel und Dienstleistungen; Kleine und mittlere Unternehmen; Wissenschaft, Forschung und Technologie

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Der Spitzenverband Digitale Gesundheitsversorgung e. V. koordiniert die Konsensbildung zu gemeinsamen Interessen von Anbietern digitaler Gesundheits-/Pflege-/Rehabilitationsleistungen (umfasst digitale Gesundheits-, Pflege- und Rehabilitationsversorgung, digitale Gesundheits-/Pflege-/Rehaanwendungen, E-Health Dienste/Apps, telemedizinische Dienstleistungen) im Gesundheits-/Pflegewesen sowie zur Prävention und Rehabilitation. Übergeordnetes Ziel des Verbandes ist die Entwicklung einer qualitativ hochstehenden Versorgung mit digitalen Gesundheitsleistungen am Standort Deutschland. Der Verband gehört zudem zum Kreis der für die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen gebildeten maßgeblichen Spitzenorganisationen der Hersteller von digitalen Gesundheitsanwendungen auf Bundesebene. Der Verband veranstaltet Diskussionsrunden und ähnliche dem Austausch dienende Formate und verfasst Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben und Pressemitteilungen. Er steht in einem Austausch mit Vertreter:innen aus Wissenschaft, Medien, Wirtschaft und Politik.

Konkrete Regelungsvorhaben (20)

1. Abbau von Barrieren bei der Inanspruchnahme von Präventionsangeboten

Beschreibung:

Versicherten müssen vielfach für Präventionsleistungen in Vorleistung gehen. Diese Regelung stellt eine Hürde für die Inanspruchnahme präventiver Leistungen dar, z.B. aufgrund des bürokratischen Aufwandes oder geringen Einkommens. Um Prävention zu stärken, muss ein System entwickelt werden, bei dem Krankenversicherungen eine direkte Kostenübernahme für analoge und digitale Präventionsangebote sicherstellen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504220010 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. Streichung des § 9 Heilmittelwerbegesetz (HWG)

Beschreibung:

Das weitgehende Verbot der Werbung für Fernbehandlungen verhindert praktisch die Information über diese Form der Versorgung und behindert damit ihre weitere Durchsetzung in der Bevölkerung.

Betroffenes geltendes Recht:

HeilMWerbG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

3. Förderung von Präventionsangeboten durch Krankenkassen

Beschreibung:

Zusätzliche Anreize für die Förderung von Präventionsangeboten durch Krankenkassen sollten gesetzt werden. Dies könnte durch ein höheres Budget erfolgen, das für Präventionsmaßnahmen zur Verfügung gestellt wird und abgerufen werden muss.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

4. Integration digitaler Präventionsangebote in Gesundheitskioske

Beschreibung:

Beratungsleistungen zu digitalen Präventionsangeboten können durch speziell weitergebildete Fachkräfte oder automatisiert mithilfe eines Tablets und eines digitalen Info-Points erbracht werden.

Bundsrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 234/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Gesundheitsversorgung in der Kommune
(Gesundheitsversorgungsstärkungsgesetz - GVSG)

Zuständiges Ministerium: BMG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

5. Aufhebung der Beschränkung von telemedizinischen Behandlungen

Beschreibung:

Telemedizinische Leistungen sollten nicht mit einer willkürlichen Begrenzung eingeschränkt werden.

Bundsrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 4/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz - DigiG)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504220006 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 04.11.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

6. Videosprechstunden: Einfachere Abrechnung und gleichwertige Vergütung ermöglichen

Beschreibung:

Um Videosprechstunden weitreichend in der Versorgung zu verankern, muss eine neue Vergütungsstruktur digital durchgeführte Sprechstunden gleichwertig zu Sprechstunden vor Ort behandeln.

Als Anreiz für Ärzt:innen und andere Leistungserbringende, zusätzliche Versorgungskapazitäten zur Verfügung zu stellen, braucht es ein überregionales Budget für

Telemedizin: Aus diesem sollten die Leistungen angemessen und extrabudgetär vergütet werden, ohne die Menge der durchgeführten telemedizinischen Leistungen zu begrenzen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504230004 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

7. Weiterentwicklung der Gesetzgebung bzgl. digitaler Pflege und digitaler Pflegeanwendungen

Beschreibung:

Eine digitale Erweiterung der Pflegebegutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen.

Einführung einer bundesweit einheitlichen Vergütung für Pflegedienste für die Erbringung ergänzender Unterstützungsleistungen (eUL).

Einführung eines jährlichen eUL-Kostenerstattungsbudgets für Pflegebedürftige.

Eine digitale Abwicklung von pflegeadministrativen Aufgaben für Versicherte und Angehörige bei den Pflegekassen.

Förderung digitaler Pflegekompetenz aller Versicherten.

Einführung telepflegerische Leistungen, damit digitale Betreuung inkl. Videobetreuung auch in der Pflegeversorgung ermöglicht wird.

Die Aufhebung des aktuell im SGB XI verankerten Regionalprinzips.

Einführung einer Verwaltungspauschale für die Administration digitaler Anwendungen im Unternehmen.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 357/21 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur digitalen Modernisierung von Versorgung und Pflege (Digitale-Versorgung-und-Pflege-Modernisierungsgesetz - DVPMG)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. [SG2504230003](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

8. Hybride Modelle bei DiGA ermöglichen

Beschreibung:

Wir setzen uns dafür ein, dass menschliche Anteile und ein Einbezug von Ärzt:innen und Psychotherapeut:innen im DiGA-Zulassungsweg eine größere Rolle spielen.

Bundsrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 4/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz - DigiG)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

9. DiGA: Nutzerfreundlichen Rezepteinlöseweg schaffen

Beschreibung:

Patient:innen müssen bislang noch zu lange auf ihre DiGA-Verordnung warten und einen komplizierten Prozess durchlaufen. Diesen wollen wir beschleunigen und patientenzentriert aufsetzen.

Bundsrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 4/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz - DigiG)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (4):

1. [SG2405280050](#) (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 20.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

2. SG2405290001 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.03.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Versendet am 03.04.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

3. SG2504220002 (PDF - 7 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.11.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. SG2504220011 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 17.09.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

10. BfArM-Antragsprozess für DiGA verbessern

Beschreibung:

Als SVDGV sehen wir Nachbesserungsbedarf im Bewertungsverfahren sowohl von regulatorischer Seite als auch hinsichtlich der Umsetzung des Verfahrens durch das BfArM.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 4/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz - DigiG)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

11. **Digitale DMPs unter Einbezug von DiGA auf alle Indikationen ausweiten**

Beschreibung:

Bislang wurde mit dem Digitalgesetz digitale DMPs im Bereich Diabetes geschaffen. Digitale DMPs unter Einbezug von DiGA auf alle Indikationen ausweiten.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 4/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz - DigiG)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

12. **Potenziale niedrigschwelliger Labordiagnostik nutzen**

Beschreibung:

Zugang zu präventiven Blutuntersuchungen stärken. Blutentnahmen außerhalb des rein ärztlichen Umfeldes ermöglichen. Interoperabilität und Anbindung an die Infrastruktur bei medizinischer Diagnostik sicherstellen.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

13. **Vereinfachung regulatorischer und administrativer Anforderungen für digitale Gesundheitsanwendungen (DiGA)**

Beschreibung:

Bürokratische Hürden bei der Prüfung und Anwendung von Digitalen Gesundheitsanwendungen (DiGA) – insbesondere im Bereich Datenschutz, Datensicherheit und Evidenzgenerierung – sollen systematisch abgebaut werden. Gleichzeitig müssen widersprüchliche regulatorische Anforderungen harmonisiert werden.

Bundesrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 4/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz - DigiG)

Betroffenes geltendes Recht:

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu];
Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu];
Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (6):

1. SG2504220001 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 28.03.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2504220004 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 02.04.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

3. SG2504220005 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.02.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

4. SG2504220008 (PDF - 3 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 14.01.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

5. SG2504230002 (PDF - 5 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.12.2024 an:

Bundestag

6. [SG2506250057](#) (PDF - 26 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.06.2025 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [\[alle SG dorthin\]](#)

14. [Einführung einer fairen und wertbasierten Vergütung für digitale Gesundheitsanwendungen \(DiGA\)](#)

Beschreibung:

Einführung einer differenzierten Preisgestaltung, die sich an Parametern wie dem therapeutischem Nutzen, der Indikation und der Prävalenz orientiert. Darüber hinaus braucht es klare gesetzliche Regelungen für die Schaffung und Vergütung neuer ärztlicher Leistungen im Zusammenhang mit einer DiGA, um bestehende Regelungslücken zu schließen und sicherzustellen, dass Patient:innen ohne Verzögerung die notwendige Unterstützung erhalten.

Bundesrats-Drucksachenummer:

[BR-Drs. 4/24](#) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz - DigiG)

Betroffenes geltendes Recht:

[SGB 5](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Digitalisierung [\[alle RV hierzu\]](#); Gesundheitsförderung [\[alle RV hierzu\]](#);
Gesundheitsversorgung [\[alle RV hierzu\]](#); Handel und Dienstleistungen [\[alle RV hierzu\]](#);
Wissenschaft, Forschung und Technologie [\[alle RV hierzu\]](#)

15. [Erleichterung der datenschutzkonformen Nutzung anonymisierter Gesundheitsdaten für klinische Forschung](#)

Beschreibung:

Anwendungsbezogene Daten sollen nutzbar gemacht werden, um neue Therapien zu entwickeln, bestehende Therapien zu verbessern und innovationsfördernde Rahmenbedingungen im Gesundheitswesen zu schaffen.

Bundesrats-Drucksachenummer:

[BR-Drs. 3/24](#) (Vorgang) [\[alle RV hierzu\]](#)

Gesetz zur verbesserten Nutzung von Gesundheitsdaten

Betroffenes geltendes Recht:

[SGB 5](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Gesundheit" [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

16. **Europäische Harmonisierung der Zulassungs- und Regulierungsvorgaben für digitale Gesundheitsanwendungen (DiGA) und vergleichbare digitale Therapeutika**

Beschreibung:

Es soll ein harmonisiertes Zulassungs- und Regulierungsverfahren innerhalb der EU für digitale Therapeutika geschaffen werden.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Außenwirtschaft [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu]; EU-Binnenmarkt [alle RV hierzu]; EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

17. **Überarbeitung der regulatorischen Grundlagen für digitale Pflegeanwendungen (DiPA)**

Beschreibung:

Einführung eines Erprobungsjahrs nach dem Vorbild des DiGA-Fast-Tracks.
Angepasste Evidenzanforderungen an die täglichen Realitäten innerhalb der Pflege.
Erhöhung der monatlichen Erstattungsbeträge für DiPA und ergänzende Unterstützungsleistungen.
Ausweitung des Anwendungsbereichs auf die allgemeine Lebensführung und den (teil) stationären Pflegebereich.

Bundsrats-Drucksachennummer:

BR-Drs. 357/21 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur digitalen Modernisierung von Versorgung und Pflege (Digitale-Versorgungs- und Pflege-Modernisierungsgesetz - DVPMG)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 11 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]; Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]; Pflege [alle RV hierzu]; Pflegeversicherung [alle RV hierzu]; Wissenschaft, Forschung und Technologie [alle RV hierzu]

18. **Holistische Präventionsstrategie entwickeln**

Beschreibung:

Prävention muss einen höheren Stellenwert im gesamten Versorgungssystem einnehmen, indem eine ganzheitliche Präventionsstrategie entwickelt wird. Diese beinhaltet konkrete Vorschläge für die Integration von Präventionsmaßnahmen in den Alltag aller Bürger:innen sowie die Aufnahme von Gesundheitsbildung und Bewegungsangeboten in Bildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche. Für die Koordinierung der

Präventionsmaßnahmen ist ein übergeordnetes Institut einzurichten, das evidenzbasiert Maßnahmen anleitet und für eine sinnvolle Budgetallokation sorgt.

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2504220009 (PDF - 4 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 06.12.2024 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

19. Ausbau von Informationen über Präventionsangebote

Beschreibung:

Es braucht eine zentrale, versicherungsübergreifende Auflistung aller Präventionsangebote, die einfach online abrufbar ist. Darüber hinaus sollte die Sichtbarkeit von Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge durch eine Integration in die ePA verbessert werden. Eine weiterentwickelte ePA, die Patient:innen mit einem Behandlungsmanagement-Cockpit informiert und lotst, kann deutlich zur Gesundheitsförderung beitragen.

Bundesrats-Drucksachenummer:

BR-Drs. 4/24 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Gesetz zur Beschleunigung der Digitalisierung des Gesundheitswesens (Digital-Gesetz - DigiG)

Betroffenes geltendes Recht:

SGB 5 [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Digitalisierung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu]

20. Anpassung KI-Verordnung im Zusammenspiel mit dem Medizinprodukterecht

Beschreibung:

Der SVDGV begrüßt das europäische Vorhaben, einen rechtlichen Rahmen für den sicheren Einsatz von KI-Systemen zu schaffen, jedoch birgt das Zusammenspiel zwischen der KI-VO und dem bestehenden Medizinprodukterecht die Gefahr, intransparente, überlappende und widersprüchliche Anforderungen zu schaffen, die in einem bereits angespannten Sektor zu

einer innovationshemmenden bürokratischen Überlastung beitragen würden. Der SVDGV möchte mit konkreten Maßnahmen Lösungen vorschlagen und sich in die Gestaltung einbringen.

Betroffenes geltendes Recht:

MPG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Datenschutz und Informationssicherheit [alle RV hierzu]; Digitalisierung [alle RV hierzu];
EU-Gesetzgebung [alle RV hierzu]; Gesundheitsförderung [alle RV hierzu];
Gesundheitsversorgung [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2506250018 (PDF - 11 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 11.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) (20.
WP) [alle SG dorthin]

Versendet am 11.06.2024 an:

Bundesregierung

Bundesministerium für Gesundheit (BMG) [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/24 bis 12/24

Gesamtsumme:

690.001 bis 700.000 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/23 bis 12/23

[Jahresabschluss_JA-Bericht_2023.pdf](#)